

**AGRARWENDE
& GESUNDE
LEBENSMITTEL
PROGRAMM**



WER BRAUCHT SCHON GESUNDE LEBENSMITTEL?

Eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft ist die Basis für gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme. Qualität für alle ist unser Ziel. Dies beginnt beim Samenkorn und der entsprechenden Vielfalt und greift über gesunde Böden, hohe Wasserqualität, die Ernte, Lagerung und Verarbeitung in die gesamte Nahrungskette ein. Eine nachhaltige Landwirtschaft hat sehr positiven Einfluss auf das Klima. Zugleich ist die Klimakrise eine Bedrohung auch für die Land- und Forstwirtschaft. Extremwetterereignisse, Hitzestress und veränderte Bedingungen bedürfen weit gehender Anpassungsmaßnahmen. Wir setzen auf Vielfalt anstatt auf Monopole und Einheitsbrei. Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik Europas reformieren, um den Übergang von der industriellen Landwirtschaft und gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf nachhaltige Anbauformen wie ökologische und nachhaltige Lösungen voranzutreiben. Eine nachhaltige Landwirtschaft hilft, Emissionen zu reduzieren, Bienen bzw. Insekten zu retten, ländliche Gebiete wiederzubeleben und unsere Lebensmittel sicher zu machen. Um landwirtschaftliche Flächen zu schützen, müssen wir die Zersiedelung und den Flächenverbrauch dringend verringern.

Wir wollen die Agrarsubventionen auf eine nachhaltige Landwirtschaft umleiten, die auf fairen und ergebnisorientierten Bedingungen basiert. Schädliche Pestizide wie Glyphosat sollten verboten werden. Handelsregeln sollten es den Mitgliedstaaten ermöglichen, die inländischen Erzeuger*innen für zusätzliche Kosten aufgrund höherer Umwelt-, Tier- schutz- oder Gesundheitsstandards zu entschädigen. Um fundierte Entscheidungen treffen zu können, müssen die Menschen wissen, was ihre Lebensmittel enthalten, woher sie stammen und wie sie hergestellt wurden. Wir wollen den Fleischkonsum zugunsten einer gesünderen, nachhaltigeren pflanzenbasierten Ernährung reduzieren.

Agrar- und Chemiekonzerne wollen bestimmen, was in unseren Regalen und auf unseren Tellern landet. Die großen Akteure der Agrarindustrie wollen den Markt für Saatgut, Pestizide, Düngemittel und Futtermittel bestimmen und bedrohen damit die Sortenvielfalt, da ihre Technologien für enormen Preisdruck und Abhängigkeit sorgen. Statt garantierte Qualität unserer Lebensmittel zur europäischen Marke zu machen, bedrohen Billigproduktion, intransparente Handelsabkommen und Subventionen für Massenware eine gesunde Ernährung. Auf den Feldern eingesetzte Pestizide verunreinigen unsere Lebensmittel sowie die Umwelt und gefährden die lebenswichtigen Bienen. Noch immer werden Tiere über tausende von Kilometern durch Europa gekarrt und müssen in stickigen Transportern und Schiffen leiden. Mangelhafte Kontrollen verhindern zusätzlich die Gewährleistung von Tierschutzstandards. Die Grüne Stimme ist die einzige im Europaparlament für ökologische Landwirtschaft und konsequenten Tierschutz.

Es braucht eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und Ernährungspolitik, die im Einklang steht mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-, Verbraucher*innen- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften Europas und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfähigen Betrieben erhalten. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine für alle leistbare, gesunde Ernährung sichert als auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt und faire Preise für die Landwirt*innen erzielt. Gesunde Lebensmittel sollen kein Luxus, sondern Standard sein. Es darf keine Frage des Einkommens sein, ob eine vielfältige und gesunde Ernährung gewährleistet werden kann.

Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare Böden verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist international selbst für einen beträchtlichen Anteil des Ausstoßes klimaschädlicher Gase und damit für die Erderhitzung mitverantwortlich.

Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die europäische Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und Tierwohl steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten.

STRUKTURWANDEL DER LANDWIRTSCHAFT

Wir wollen die europäische Landwirtschaftspolitik in Richtung einer ökologisch orientierten, nachhaltigen Landwirtschaft gestalten, die die Voraussetzung für qualitativ hochstehende, wohlschmeckende und gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel ist, die Kulturlandschaft erhält und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichert. Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen, muss sich vor allem die EU-Agrarförderpolitik grundlegend ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben, Industrialisierung und Exportorientierung zugute. Die Vorgaben dafür müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede Förderung ist das Einhalten von strengen Umweltstandards, die ebenfalls für alle Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen.

DRIN IST, WAS DRAUF STEHT: EUROPAAWEITE KENNZEICHNUNG UND STRENGSTE QUALITÄTSKONTROLLEN

Wir setzen uns für klare und verpflichtende unionsweite Kennzeichnungsregeln für alle Gentechnik-Produkte ein – auch für Lebensmittel von Tieren, die mit Gentechnik-Futter ernährt wurden. Bei verarbeiteten Produkten soll klar sein, woher der tierische Anteil kommt und wie die Tiere gehalten wurden. Ähnlich wie bei der Eierkennzeichnung sollten auch bei anderen Tierprodukten Informationen zu Haltingsbedingungen der Tiere auf den Verpackungen transparent gemacht werden. Landwirt*innen, die über dem gesetzlichen Mindeststandard produzieren, hätten dadurch aufgrund der hohen Konsument*innen-Nachfrage Vorteile. Bei der Verpackungskennzeichnung ist auf einfache Verständlichkeit zu achten.

INSEKTEN- UND VOGELSTERBEN STOPPEN – GLYPHOSAT VOM ACKER!

Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen, intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren. Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonicotinoide, denn sie schaden unseren Insekten, wie etwa den Bienen, massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft ein. Die Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

TIERWOHL RESPEKTIEREN

Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen, dass die EU alle Tiere durch neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt. Auch die Vergabe von EU-Förderungen ist an Tierwohl-Kriterien zu orientieren. Tiere sollen verpflichtend zu einem nahegelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem, der am billigsten arbeitet. Tiertransporte für Schlachttiere wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen. Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf weitere Produkte ausgeweitet werden.

FISCHBESTÄNDE SCHÜTZEN

Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik, die dafür sorgt, dass die Meere geschützt und Fischarten nicht überfischt werden. Nur die nachhaltige

Bewirtschaftung von Fischbeständen gibt der Fischerei eine Zukunft. Die Herausforderungen im Kampf gegen die Überfischung liegen nicht nur in der EU selbst. Fischereinationen aus der EU tragen auch in Gewässern von Entwicklungsländern, wie zum Beispiel in der Region vor Westafrika, maßgeblich zur Überfischung bei. Die anhaltende Überfischung der Meere ist demnach nicht nur für Lebensräume und Tierarten bedrohlich. Sie gefährdet auch die Grundlagen für Ernährung und Lebensunterhalt von Millionen Menschen und ist damit auch eine Ursache für Flucht und Migrationsdruck.

LANDWIRTSCHAFTLICHE ÖKOSYSTEME STÄRKEN – OHNE GENTECHNIK

Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren die Agrogentechnik ab. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder Argentinien als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – etwa einen massiven Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucher*innenfreiheit –, unterstreichen wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip entsprechend der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit angewandt wird. Entsprechend dem Vorsorgeprinzip ist frühzeitig und vorausschauend so zu handeln, dass Belastungen für Umwelt und Mensch vermieden und entsprechende Risiken erkannt werden. Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet werden.

KEINE PATENTE AUF SAATGUT, PFLANZEN UND LEBEN!

Das zentrale Problem beim Herumexperimentieren am Saatgut ist dessen Patentierbarkeit. Sie führt zu immer größeren Monopolen der Agrarkonzerne und damit zu enormen Marktdruck und Verlust von Vielfalt. Landwirte werden damit abhängig gemacht, gerade in den Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei gentechnisch veränderten Pflanzen besonders häufig eingesetzt werden. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere geben. Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU.

FAIRER HANDEL AUCH IN DER LANDWIRTSCHAFT

Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger

mit Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die durch EU-Subventionen künstlich verbilligten Produkte aus Europa – unter anderem Zwiebeln oder Billig-Ge-flügel-fleisch – drücken nicht nur die Preise in lokalen Märkten, sie erschweren damit auch die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft in Afrika. Es geht um Ernäh-rungsgerechtigkeit, aber auch um Ernährungssouveränität! Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer*innen in Entwicklungsländern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Aus-bau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimaveränderung zu machen.

Wir setzen uns für fairen Handel ein, der auf internationalen Regeln und trans-parenenten Prozessen basiert und die Rechte von Arbeitnehmer*innen, Landwirt*in-nen und Verbraucher*innen, den Tierschutz sowie den Schutz von Gesundheit und Umwelt stärkt – und nicht gefährdet. Fortschritte innerhalb der WTO (World Trade Organization) und multilaterale Abkommen sind dafür geeigneter als bilaterale Handelsabkommen. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens, internationale Regeln für Arbeitsnormen und Ziele der nachhaltigen Entwicklung müssen die gemeinsame Grundlage für Handelsverträge bilden. In diesem Sinne ist das Welthandelssystem der WTO zu reformieren und neu zu beleben und langfristig unter das Dach der Ver-einten Nationen zu stellen.

Europa hat sicherzustellen, dass Unternehmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU hohe Standards erfüllen. Die Union und die Mitgliedstaaten müssen Vor-schriften zur Umsetzung der UN-Leitsätze für Unternehmen und Menschenrechte erlassen und den Zugang der Menschen zu juristischen Mitteln gewährleisten, wenn Unternehmen gegen diese Vorschriften verstoßen. Multinationale Unternehmen sollten verpflichtet werden, in ihrer gesamten Lieferkette die erforderliche Sorg-falt walten zu lassen, um sicherzustellen, dass ihre Geschäftstätigkeit nicht gegen Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklung verstößt. Wir setzen uns für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen.

FAIRE ROHSTOFFPOLITIK AUCH IN DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die landwirtschaftlichen Rohstoffe, die wir unter anderem für unseren hohen Kon-sum von tierischen Lebensmitteln benötigen, gehen häufig mit Menschenrechts-verletzungen, Konflikten und Umwelterstörungen einher. Deshalb wollen wir transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch

entsprechende Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Wir treten für faire Rohstoffpartnerschaften ein, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Europa trägt durch den Import von Soja, Palmöl und Holz in einem hohen Umfang zur weltweit fortschreitenden Entwaldung bei. Wir wollen, dass die europäische Holzhandelsverordnung künftig für alle Holz- und Papierprodukte gilt und durch ein effektives Überwachungs- und Sanktionssystem scharf gestellt wird.

PRODUKTE NACHHALTIGER UND SICHERER MACHEN

Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicherer machen – durch strengere Grenzwerte bis hin zu Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln, Kosmetika oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig festgestellt. Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis, verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiterwachsen. Unser Ziel sind langlebige Produkte, die repariert und recycelt werden können. Wir fordern eine verbindliche europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von Produkten. Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling sicherstellt.

Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule von Umweltschutz und Verbraucher*innen-Interessen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-Handelsabkommen gilt. Wir Grüne lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards, des Vorsorgeprinzips und des Pariser Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Auch beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) fehlen verbindliche soziale und ökologische Standards. Der Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie Menschenrechte unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmer*innenschutzrechte der Internationalen Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden und ihre Einhaltung muss einklagbar sein.

BÖDEN, WASSER UND ARTENVIELFALT SCHÜTZEN

Sauberes Wasser, gute Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften sind wichtiger Teil unserer Lebensgrundlagen. Doch der große Reichtum an Tieren, Pflanzen und Lebensräumen schwindet täglich. Flächen werden versiegelt, Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Um unsere wertvolle Natur zu erhalten, wollen wir die Schutzgebiete deutlich ausbauen und sicherstellen, dass sie wichtige Ökosysteme abdecken und garantieren, dass der Schutz wirklich funktioniert. Wir fordern, dass eine nicht nachhaltige und illegale Abholzung besser verfolgt und härter bestraft wird. Die EU benötigt stärkere Instrumente, um die Entwaldung im Zusammenhang mit importierten Lebensmitteln und anderen Produkten anzugehen. Und die Böden Europas müssen vor Zerstörung geschützt und wiederhergestellt werden, auch um ihre Fähigkeit, wertvolles Wasser zu speichern, zu erhöhen.

Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen. Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen, verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Es braucht eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm. Die Art und Weise, wie wir Lebensmittel produzieren und konsumieren, hat einen großen Einfluss auf unsere Gesundheit, Umwelt und das Wohl der Tiere. Das Bienensterben hat gezeigt: Eingriffe in unser Ökosystem können dramatische Folgen haben. Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik Europas reformieren, um den Übergang von der industriellen Landwirtschaft und gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf nachhaltige Anbauformen wie ökologische und agroökologische Lösungen voranzutreiben. Eine nachhaltige Landwirtschaft hilft, Emissionen zu reduzieren, Bienen zu retten, ländliche Gebiete wiederzubeleben und unsere Lebensmittel sicher zu machen. Um landwirtschaftliche Flächen zu schützen, müssen wir die Zersiedelung und stark wachsende Flächenversiegelung dringend stoppen.

DARAUF BAUEN WIR AUF – GRÜNE ERFOLGE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die Grüne/EFA-Fraktion führte die Reform zum biologischen Landbau und zur Kennzeichnung von Bioprodukten an und setzte sich nicht nur für eine eindeutige Kennzeichnung ein, sondern auch für gesündere, lebende Böden, mehr Saatgutvielfalt und gründlichere Einfuhrprüfungen.

Wir haben die Forderung der Europäischen Bürgerinitiative nach einem Verbot von Glyphosat und dem Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden ins Europaparlament getragen. Es ist der Grüne/ EFA-Fraktion gelungen, einen Sonderausschuss für das Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide einzusetzen, der kritisch untersucht hat, welche Erzeugnisse auf dem Unionsmarkt verkauft werden dürfen.

Nachdem herauskam, dass den Entscheidungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit von der Industrie finanzierte Studien zugrunde gelegt wurden, sorgten wir dafür, dass die Schuldigen wegen mangelnden transparenten und öffentlichen Zugangs zu den wissenschaftlichen Studien, vor Gericht gestellt wurden.

Unserem Widerstand ist es zu verdanken, dass die Zulassung von Glyphosat nur für fünf statt für 15 Jahre erneuert wurde. Dies ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zum Ausstieg aus der Verwendung dieses gefährlichen, giftigen Unkrautvernichtungsmittels.

Da Bienen in unserem Ökosystem eine zentrale Rolle spielen, die Bienenpopulationen aber dramatisch schrumpfen, haben sich die Grünen den Schutz und die Rettung von Bienen zu einer wichtigen Aufgabe gemacht. Durch die Zusammenarbeit mit Imkern und Umweltschutzgruppen konnten wir ein nahezu vollständiges Verbot von den für Bienen tödlichen Pestiziden (Neonikotinoide) erwirken.

Die Grüne/EFA-Fraktion setzt sich aktiv für ordnungsgemäße Kriterien zur Regulierung von Chemikalien mit endokriner Wirkung ein, die Krebserkrankungen, Geburtsfehler und andere Entwicklungsstörungen auslösen und unsere Hormonsysteme beschädigen können.

Angesichts der besorgniserregenden Gefahr der Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe arbeitet die Grüne/EFA-Fraktion bereits seit mehr als zehn Jahren mit Tierärzten, Umweltschützern und Tierschutzorganisationen zusammen, um gegen den übermäßigen Einsatz von Antibiotika – vor allem in der Massentierhaltung –

vorzugehen. Wir haben eine Mehrheit im Parlament für das Verbot der routinemäßigen Verwendung von Antibiotika in der Tiernahrung erreicht. Gleichzeitig haben wir erste Verbesserungen für die Nutzung bestimmter Arzneimittel in der Tiermedizin erkämpft.

Um die Zukunft der internationalen Fischbestände und der Gemeinschaften, die auf die Fischerei als Nahrungsquelle angewiesen sind, weltweit zu sichern, sorgte die Grüne/EFA-Fraktion dafür, dass alle Fischereifahrzeuge der EU die EU-Vorschriften einhalten müssen, auch dann, wenn sie außerhalb der EU Gewässer fischen.

Grüne führen den Kampf gegen die Zulassung neuer genetisch veränderter Lebensmittel an. Auf unser Betreiben hin nahm die Kommission davon Abstand, zwei neue und möglicherweise gefährliche GVO-Sorten zuzulassen. Die Grüne/EFA-Fraktion sorgte dafür, dass alle Robbenerzeugnisse auf dem Unionsmarkt verboten werden.

Die Grüne/EFA-Fraktion unterstützte die Europäische Bürgerinitiative zum Tiertransport uneingeschränkt und setzte sich für einen Untersuchungsausschuss zu diesem Thema ein. Nun ziehen wir das Europäische Parlament zur Rechenschaft, weil es sich weigert, die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses auch nur in Erwägung zu ziehen.

Die industrielle Hühnerhaltung verstößt nicht nur gegen sämtliche Grundsätze des Tierschutzes, sondern bringt auch erhebliche Gesundheitsrisiken für die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher mit sich. Deshalb bestand die Grüne/EFA-Fraktion auf einer Entschließung des Europäischen Parlaments, in der die Massenhaltung von Hühnern scharf kritisiert wird.

